

Prime News

Werden Sie Mitglied – es lohnt sich!



06.06.2024 Politik ⌚ 5 Minuten Lesedauer

GPK: Kritik an IT-Sicherheit und Bauinspektorat

IT-B Beanstandungen würden seit Jahren ignoriert und das Bauinspektorat nutze seinen Ermessensspielraum nicht.

von Tomasz Sikora



Cyberkriminalität und das Bauinspektorat: Hauptkritikpunkte der parlamentarischen Geschäftsprüfer. Bild: Pixabay/Anja Sciarra

Heute Donnerstagmorgen präsentierte die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rates ihren jährlichen Bericht zur staatlichen Tätigkeit im Vorjahr. Er fängt in etwa so an, wie er es fast jedes Jahr tut: «Grundsätzlich», so die GPK, hätten Regierungsrat, Verwaltung und Gerichtsbehörden «überwiegend gute Arbeit geleistet».

Und wie nahezu jedes Jahr folgt anschliessend eine Dutzende Seiten lange Liste mit Feststellungen, Empfehlungen und Forderungen, welche er zur staatlichen Tätigkeit abgibt. In diesem Jahr sind es insgesamt 13 Feststellungen und 41 Empfehlungen – wovon 22 der letzten «zur Prüfung» und 19 «zur Umsetzung» empfohlen werden. Insbesondere Letzteres will in etwa so viel heissen wie «Missstand bitte endlich beheben!».

Im vergangenen Jahr, so die GPK, hätten sie insbesondere Missstände beim Thema Cyber-Sicherheit beschäftigt und die Tatsache, dass «Beanstandungen» der Finanzkontrolle «in bestimmten Fällen ignoriert werden.» Prime News hat den Jahresbericht näher angeschaut und die wichtigsten Kritikpunkte der GPK zusammengefasst.

IT soll zentralisiert werden und mehr Befugnisse erhalten

IT- und Cyber-Sicherheit ist der Bereich, mit welchem sich die GPK mit Abstand am ausgiebigsten beschäftigt hat. Das hat insbesondere mit dem Cyber-Angriff auf das Erziehungsdepartement im vergangenen Jahr zu tun. Cyber-Kriminelle sind dabei an sensible Daten gelangt und haben den Kanton vergeblich damit zu erpressen versucht, die Daten zu veröffentlichen, wenn er nicht auf gestellte Forderungen eingeht. Die wichtigsten Punkte sind:

- In der gesamten kantonalen Verwaltung soll für Anwendungen mit «erhöhtem» oder «sehr hohem» Schutzbedarf ein Konzept erarbeitet und dessen Einhaltung durch den «Dateneigner sichergestellt werden».
- Die kantonale IT-Sicherheitsarchitektur solle insgesamt gestärkt werden. Dazu seien die Arbeitsbedingungen bei den entsprechenden Stellen «so attraktiv» auszugestalten, dass entsprechendes Personal rekrutiert und gehalten werden kann.
- Die IT-Abteilung des Kantons solle bezüglich Informationssicherheit «gegenüber der gesamten öffentlichen Verwaltung des Kantons» eine Weisungsbefugnis erhalten.
- Bei einer Verletzung des Datenschutzes sollen sämtliche Betroffenen informiert werden
- Es sei «stossend», wenn Beanstandungen der Finanzkontrolle «in einzelnen Fällen ignoriert werden und dies keine Konsequenzen hat».
- Empfehlungen externer Spezialisten und der Finanzkontrollen sollen «innerhalb von sechs Monaten umgesetzt werden» und dem Grossen Rat solle «Bericht erstattet» werden.

Die Missstände werden von der GPK offenbar als so schwerwiegend eingestuft, dass sie unter dem Titel «Motion betreffend zentrale Verantwortlichkeit in der kantonalen Informatik» einen Vorstoss einreichen will, wie GPK-Präsident Tim Cuénod bei der Präsentation des Berichts vor den Medien erklärte.

Kernanliegen des von allen GPK-Mitgliedern unterzeichneten Dokuments: Die Forderung nach einer zentralen Zuständigkeit bei einer einzigen kantonalen Stelle für alle Belange der IT. Diese solle ausserdem mehr Kompetenzen und ein «direktes departementübergreifendes Weisungsrecht».

Bauinspektorat: Zu langsam und zu formalistisch

Ebenfalls intensiv beschäftigt hat sich die GPK mit dem viel kritisierten Bauinspektorat. Seit Jahren wird die zunehmende Komplexität und Dauer der Verfahren von verschiedener Seite kritisiert: «Die GPK hatte schon im Rechenschaftsbericht 2022 ihre Besorgnis darüber geäussert, dass das Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI) seinen Aufgaben hinsichtlich der Baugesuchsverfahren nicht in befriedigender Weise nachkommen kann.»

Konkret kritisiert werden die «zu lange» Dauer der Verfahren, «überspizter Formalismus», dass der durchaus vorhandene Ermessensspielraum «kaum je genutzt» werde und dass Entscheidungen oft mit amtsinternen Weisungen begründet würden, «die für Aussenstehende nicht einsehbar und oft auch nicht nachvollziehbar sind». Entsprechend fordert die GPK:



Prime Content

Der Garten als einmaliges Wohnerlebnis

Riesiges Sortiment bei roesch im Gundeli: Bis zum 8. Juli gibt es 20 Prozent Rabatt auf alle Gartenmöbel ab Ausstellung.

- Vorhandenen Ermessensspielraum «im Sinne eines «Ermöglichens»» zu nutzen und die Ermöglichung von Ausnahmen.
- Dass «alle für den Baubewilligungsentscheid relevanten Kriterien» für Gesuchstellende einsehbar sind.
- Dass «allfällig bestehende und zu zukünftige Ausführungsbestimmungen, Weisungen oder ähnliches rechtlich klar abgestützt sein müssen.»

Sicherheitsdepartement: Polizeiberuf muss attraktiver werden

Wenig überraschend hat sich die GPK auch mit dem enormen Polizistenmangel beschäftigt, der kürzlich auf rund 120 unbesetzte Vollzeitstellen angewachsen ist. Um diesen Missstand zu beheben, sollen «im Rahmen der allgemeinen Personalmassnahmen» die Arbeitgeberattraktivität mit Mitteln erhöht werden, welche nicht direkt das Thema Lohn betreffen. Etwa über eine Verbesserung der Erholung mit mehr freien Wochenenden.

Auch den Lohn thematisiert die GPK. Die derzeit bestehende Arbeitsmarktzulage solle «rechtzeitig abgelöst» werden, damit bei der Leistung kein «Unterbruch» entstehe.

Ausserdem solle das JSD in Zukunft bei der Statistik zu Demonstrationen stärker differenzieren. Das heisst, es soll die Grösse der Demonstrationen angeben und eine Gewichtung vornehmen, um die Statistik aussagekräftiger zu machen.

Die Staatsanwaltschaft ist ebenfalls Thema im GPK-Bericht. Die GPK fordert, dass in Zukunft nicht nur die Anzahl von Nichtanhandnahmen und Verfahreinstellungen statistisch erfasst wird, sondern auch deren jeweilige Begründung.

Jahresbericht der Regierung: Bitte nicht wie ein Werbeprospekt

Auch den eigenen jährlichen Bericht der Regierung hat die GPK erneut unter die Lupe genommen – und scheut sich nicht vor deutlicher Kritik. Sie schreibt, dass dieser teilweise den Charakter einer Hochglanzbroschüre habe – «und weniger den eines transparenten Rechenschaftsberichtes».

Sie wiederholt darum ihre Forderung «aus den Vorjahren», dass «Sachverhalte, die Aufmerksamkeit erregten und zu Fragen geführt haben, im Jahresbericht erläutert werden.» Ausserdem, so die GPK, erwarte sie eine «Bilanzierung des Legislaturplans 2021-2025.» Mit anderen Worten: Die Regierung soll erklären, warum sie selbst definierte Ziele nicht erreicht und warum selbst definierte Massnahmen «nicht oder nicht vollständig» umgesetzt wurden.

Präsidentenabteilung: Harsche Kritik an der «Zigeuner»-Affäre

Die Abteilung Gleichstellung und Diversität im Präsidentenabteilung, in der ausschliesslich Frauen tätig sind, hat die Aufgabe, darauf zu achten, dass in der kantonalen Verwaltung auf Gleichstellung und Diversität geachtet wird.

Eine Aufgabe, die sie bei sich selber offenbar nur unzureichend erfüllt, denn: Die GPK schreibt im Bericht, sie «erwarte», dass sie Massnahmen zugunsten einer ausgewogenen Geschlechtervielfalt der Mitarbeitenden auch bei sich selber umsetzt.

Für viel Aufregung rund ums Präsidentenabteilung sorgte ausserdem die sogenannte «Zigeuner»-Causa. Der Basler Autor Alain Claude Sulzer hatte das Wort in einem neuen Buch verwendet, das im Ruhrpott in den 1970er Jahren spielt – ein Kontext, in welchem die Verwendung des heute geächteten Begriffs nicht ungewöhnlich war.

Für das Buch hatte er ein Gesuch um einen sogenannten Werkbeitrag eingereicht, diesen aber nicht erhalten. Der für die Annahme des Gesuchs zuständige «Fachausschuss Literatur der beiden Basel» fragte beim Autor nach einer Begründung für die Verwendung des heute umstrittenen Begriffs. Sulzer nahm sein Gesuch daraufhin zurück. Nachdem das Publik geworden war, wurden Vorwürfe laut, der Fachausschuss betreibe Zensur.

Die GPK enthüllt nun in ihrem Bericht: Der Fachausschuss wollte Sulzers Gesuch gutheissen. Die Basler Kulturbeauftragte Katrin Grögel und ihre Baselbieter Kollegin hätten diesen Entscheid Sulzer aber nicht übermittelt. Letztere habe sich sogar trotz der Empfehlung des Ausschusses geweigert, Mittel zu sprechen. Eine Aussprache lehnte sie überdies ab.

Gerichte: IT soll unabhängig sein

Bei den kantonalen Gerichten hat sich die GPK vor dem Hintergrund der Gewaltenteilung ebenfalls insbesondere mit dem Thema Informationssicherheit beschäftigt. Deren IT-Architektur ist nämlich nicht komplett von jener der übrigen kantonalen Verwaltung abgetrennt.

Darum, so die GPK, «fordere» sie, «dass der Regierungsrat mit den Gerichten eine einvernehmliche Lösung findet, welche die Sicherheit und Unabhängigkeit der Daten der Gerichte sicherstellt.» Zu diesem Zweck solle «die geplante Cloud-Lösung für den gesamten Kanton nochmals überprüft» werden.

Und auch eine spitze Bemerkung zum umstrittenen Denkmalschutz verkneift sich die Oberaufsicht im Zusammenhang mit der Sanierung der Gerichtsgebäude an der Bäumleingasse am Ende des Berichts nicht: «Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass der Denkmalschutz grössere Bedeutung hat als ein funktionales und nutzerfreundliches Gebäude.»

Die kostenlose Prime News-App – jetzt [↗](#) herunterladen .



Tomasz Sikora

Redaktor

[Mehr über den Autor](#)